



Protokoll

der 40. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 6. Dezember 2023, um 14:00 Uhr

Vorsitz: *Claudio Miozzari, Statthalter*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: Erich Bucher (FDP), Annina Ineichen (GAB), Melanie Nussbaumer (SP)

Verhandlungsgegenstände:

15.	Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima	2
12.1.	Interpellation 148 Pascal Messerli betreffend neuer Direktor der Kunsthalle Basel - Ein mutmasslicher Israelhasser an der Spitze eines vom Kanton alimentierten Betriebs?	9
12.2.	Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen	11
12.3.	Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen	11
12.4.	Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB	12
12.5.	Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende	12
12.6.	Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?	13
12.7.	Interpellation Nr. 154 Oliver Bolliger betreffend möglicher Verschiebung der OECD-Mindeststeuer und deren Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt.....	13
12.8.	Interpellation Nr. 155 Sandra Bothe-Wenk betreffend den verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24	15
12.9.	Interpellation Nr. 156 Annina von Falkenstein betreffend Einschränkung des Ruftaxi-Angebots auf dem Areal des Friedhofs Hörnli: Sind dem Bau- und Verkehrsdepartement die Anliegen trauernder älterer und gehbehinderter Menschen egal?	15
12.10.	Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler	16
16.	Motion 4 Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität	17
17.	Anzug 1 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten	18
18.	Anzug 2 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen	18
19.	Anzug 3 Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse	20
20.	Anzug 4 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein	22
21.	Anzug 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“	22



Beginn der 40. Sitzung

Mittwoch, 6. Dezember 2023, 14:00 Uhr

15. Motion 3 Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima

[06.12.23 14:00:35, 23.5544.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir fahren fort mit mit Traktandum 15. Hier waren wir heute Morgen stehengeblieben. Als nächste Rednerin war eingetragene Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Auch ich erlaube mir gleich zu beiden Motionen Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat hat ja stets betont, dass er die Stossrichtung der Stadtklimainitiativen unterstützt, allerdings die kurze Frist für die Umsetzung als nicht realistisch erachtet. Der Regierungsrat hat gestützt darauf entsprechende Gegenvorschläge zu den Initiativen ausgearbeitet, aber Sie haben die beiden Gegenvorschläge abgelehnt.

Nun sind wir ja bekanntlich weiter in der Geschichtsschreibung. Wir haben einen Volksentscheid mit deutlichem Nein zu beiden Initiativen. Die nun in der Gestalt von Motionen vorliegenden Gegenvorschläge waren sehr konkret seitens Regierung als Antwort auf die vom Regierungsrat zur Ablehnung empfohlenen Initiativen gedacht und nicht als eigenständige Vorhaben. Deshalb erachtet es der Regierungsrat nach Ablehnung der Initiativen aus demokratiepolitischen Gründen als nicht richtig, diese Motionen nun zu überweisen.

Der Regierungsrat hat allerdings die Weichen zugunsten von Begrünung und umweltfreundlichem Verkehr mit dem Stadtklimakonzept, der Mobilitäts- sowie der Klimaschutzstrategie gestellt. Anstatt nach dem deutlichen Abstimmungsresultat weiter über abstrakte Ziele zu sprechen, braucht es jetzt konkrete Projekte. Aus diesem Grund möchte der Regierungsrat die Motionen nicht entgegennehmen.

Claudio Miozzari, Statthalter: An dieser Stelle haben wir die Ehre, Besuch auf der Tribüne zu begrüssen und zwar geht es um Schülerinnen und Schüler des KV Liestal mit den Lehrpersonen Herr Tschopp und Frau Ehrensberger, herzlich willkommen bei uns. Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an der Basler Politik. (*Applaus*).

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist David Wüest-Rudin.

David Wüest-Rudin (GLP): Ich muss nun schon etwas sagen. Ich bin bewegt darüber, wie Sie hier über diese Motionen diskutieren. Heute Morge ist das Wort unanständig in Bezug auf die Motion gefallen. Ich finde es unanständig, wie Sie mit diesen Motionen umgehen. Man kann durchaus diskutieren, wie das jetzt auch Regierungsrätin Stephanie Eymann gemacht hat, ob es jetzt richtig ist, die Motion so kurzfristig nach der Abstimmung wieder zu bringen. Aber es ist nicht eine Missachtung des Volkswillens, meine Damen und Herren. Wir müssen uns nicht einen Schuh anziehen oder uns schlechten Stil vorwerfen lassen, ganz und gar nicht. Ich finde es ungeheuerlich, mit welchen Vorwürfen Sie hier kommen. Sie schaden der Demokratie mit diesen Vorwürfen, denn es ist ein ganz normaler demokratischer Prozess, den wir hier machen. Das Volk hat nicht über die Motionen abgestimmt, sondern das Volk hat über die Initiativen abgestimmt.

Es ist einfach falsch, zu behaupten, dass man jetzt die Initiativen wieder einführen würde. Daniel Sägesser hat ja sehr schön dargestellt, was die grossen Unterschiede sind zwischen den Initiativen und diesen Motionen. Im Gegenteil, es ist eben ein sehr seltsames demokratisches Verständnis, wenn man sagt, das sei nicht zulässig. Über das, was nun vorliegt, konnte das Volk eben nicht abstimmen und man führt jetzt nicht über die Hintertür etwas ein. Es entspricht eben nicht dem Abstimmungsergebnis und Sie haben das verhindert. Sie haben verhindert, dass die Bevölkerung über das, was wir hier vorliegen haben, abstimmen kann. Und jetzt wollen Sie sagen, wir wollen hier nicht mehr darüber beschliessen, weil Sie verhindert haben, dass das Volk darüber abstimmen kann.

Wir von den Grünliberalen haben uns sehr wohl überlegt, wie unsere Position zu den zwei Initiativen ist. Unsere Mitgliederversammlung hat die Initiativen deutlich abgelehnt und hat sich für die Gegenvorschläge ausgesprochen. Und darum haben wir die Gegenvorschläge auch vorbereitet vor der Abstimmung der Initiativen. Es ist ein ganz normaler Prozess, dass man sagt, das hat jetzt vor der Abstimmung keine Mehrheit gefunden im Parlament, also kann man es nach



der Abstimmung im Parlament wieder aufnehmen. Das Parlament ist frei, Entscheide, die es gefällt hat, unter anderen Umständen wieder aufzunehmen und neu aufzurollen. Wir haben immer gesagt, dass unsere Position zwei Mal Nein zu den Initiativen ist, aber wir möchten mehr Grün, wir möchten vorwärts machen. Wir möchten auch dem Regierungsrat einen verbindlichen Auftrag geben. Wir möchten das festhalten, dass alle dabei sind.

Es ist nun schon sehr schade, dass gerade die bürgerliche Seite hier nicht dabei ist. Wir sind gerade auf Sie zugegangen, liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, und Sie lassen uns jetzt zum zweiten Mal im Regen stehen. Ich gehe davon aus, dass die Fraktion der Grünliberalen sich in Zukunft nicht zwei Mal sondern drei oder vier Mal überlegen wird, ob man mit der bürgerlichen Seite noch versucht, Kompromisse zu schmieden. Ja, Sie lassen uns mehrmals im Regen stehen. Das erste Mal bei der Überweisung. Dann haben Sie verhindert, dass die Gegenvorschläge vor das Volk gebracht werden können und nun sagen Sie, wir wollen gar nichts. Da hat Tonja Zürcher einen Punkt gemacht. Jetzt kommt der Offenbarungseid: War das alles nur taktisches Geplänkel oder wollen Sie wirklich ein Zeichen setzen für mehr Stadtgrün? Wollen Sie wirklich in die Richtung gehen? Wollen Sie die Zielsetzungen festhalten oder nicht? Wenn Sie sagen Nein, das wollen wir nicht, dann ist klar, was Sie wollen. Sie gehören zur Betonfraktion, die hier weiterfahren will wie bisher und die nicht wirklich weiterkommen will in der Stadtbegrünung. Darum ist es uns wirklich ein echtes Anliegen, darum haben wir die Motion vor der Abstimmung eingereicht, weil uns das der pragmatische Weg zu sein schien, so wollen wir weitergehen. Es ist völlig legitim, dass das Parlament auf Entscheide zurückkommt und nochmals in Freiheit entscheidet. Jetzt können Sie entscheiden, ob Sie diesen Weg wollen oder nicht. Heute wird Klarheit darüber bestehen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt zwei Zwischenfragen, von Daniel Seiler und Joël Thüring. Sie werden angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Was meinen Sie, wie hoch der Anteil der Stimmbevölkerung wäre, die verstehen würde, dass diese beiden Motionen überwiesen werden?

David Wüest-Rudin (GLP): Ich schätze, dass das ein hoher Anteil ist. Wir Grünliberalen haben schätzungsweise 8 Prozent Wähleranteil. Wenn man das aufrechnet auf das Abstimmungsergebnis, dann gibt es bereits eine knappe Mehrheit für die Motionen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die nächste Zwischenfrage ist von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Haben Sie so viel Misstrauen gegenüber ihrer eigenen Regierungsrätin, dass Sie nun einen Vorstoss an sie überweisen möchten, der etwas verlangt in einem Bereich, in dem die Regierung ohnehin etwas unternehmen will? Woher kommt dieses Misstrauen?

David Wüest-Rudin (GLP): Das Misstrauen haben wir nicht gegenüber Regierungsrätin Esther Keller, sondern Ihnen und Ihren bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen gegenüber, weil Sie jetzt das Abstimmungsergebnis so interpretieren wollen, als ob die Bevölkerung gar nichts an Begrünung will. Und das ist eben auch falsch.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird auch angenommen.

Pascal Messerli (SVP): Sie haben von der Betonfraktion gesprochen. Wie viele Grünflächen, Stadtrandentwicklung, Freizeitgärten möchte denn Ihre Regierungsrätin abbauen?

David Wüest-Rudin (GLP): Unsere Regierungsrätin hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir ein Stadtklimakonzept haben, dass wir das Schwammstadtkonzept haben. Unsere Regierungsrätin will weiter gehen in der Begrünung, das hat es wurde auch von Regierungsrätin Steühania Eymann bestätigt. Man will vorwärts machen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird abgelehnt. Nächster Einzelsprecher ist Adrian Iselin.



Adrian Iselin (LDP): Ich rede auch gerade zu beiden Motionen. Was mir an diesen beiden Vorstössen fehlt, ist das Visionäre. Im einen Vorstoss steht, dass man 65'000 m² Strassen umwandeln will, und im anderen steht, dass man auf 188'000 m² Bevorzugung des Fuss- und Veloverkehrs und des öffentlichen Verkehrs haben will. Wenn man ein bisschen ins Ausland schaut, wenn man Google anschaut, wenn man andere grosse Tech-Konzerne anschaut, wenn man im Silicon Valley unterwegs ist, wenn man in San Francisco auf den Strassen herumgeht, stellt man fest, dass massiv viele Fahrzeuge getestet werden, die selber fahren. Diese Fahrzeuge werden in Zukunft nicht mit Benzin oder mit Diesel betrieben sein. Ob sie elektrisch betrieben werden, bin ich nicht sicher, denn wie nachhaltig die Batterien sind, weiss ich nicht. Ob das Wasserstoff oder was weiss ich was ist, weiss ich auch nicht. Aber ich glaube nicht daran, dass in Zukunft weniger Individualverkehr und vor allem weniger Autoverkehr auf den Strassen wird sein.

Darum frage ich mich, ob wir hier nicht für die nächste Generation in eine Richtung gehen, die gar nicht so gut ist, weil wir jetzt probieren, den Verkehr zu beschränken und alles zu machen für das Klima. Aber wenn wir in 20 Jahren feststellen, dass es mehr Autos gibt und wieder alle Strassen bauen müssen, dann haben wir ein Problem. Dann war das nicht klimaneutral, sondern die ganze Übung war sehr klimaschädlich. Diese Linse fehlt mir in dieser Diskussion. Ich bitte Sie, ein bisschen visionärer in die Zukunft zu schauen und nicht einfach nur zu überlegen, wo man jetzt wie viele Strassen oder Plätze entsiegeln könnte.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Franz-Xaver Leonhardt.

Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP): Eigentlich wollte ich nicht sprechen, aber wir haben hier so eine grosse Diskussion, dass es doch gut tun würde, die Meinung meiner Fraktion die Mitte / EVP-Mitte kund zu tun. Wir waren auch dabei, als wir abgestimmt haben für Netto Null 2037. Wir sind heute immer noch bei diesen Zielen. Das ist ganz ganz wichtig. Wir waren auch mehrheitlich für diesen Gegenvorschlag, über den wir jetzt als Motionen wieder abstimmen. Wir sind aber nicht glücklich, dass das so kurz nach einer deutlichen Volksabstimmung gemacht wird. Natürlich ist es uns als Parlament immer erlaubt, diese Sachen zu machen, aber wir sind unglücklich und hier teilen wir die Ansicht der Regierung. Regierungsrätin Stephanie Eymann hat gesagt, es sei demokratiepolitisch fragwürdig. Das ist ein guten Begriff.

Wir gehören nicht zur Betonfraktion. Wir waren gerade vorher als ganze UVEK gemeinsam wunderbar Essen und wir werden auch dieses Problem wieder lösen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bei einer Zweitüberweisung, falls es in die Kommission kommt, eine gute Lösung finden werden. Wir wissen, wie das Volk abgestimmt hat und ich bin zuversichtlich, dass wir bald mehr Grün, mehr entsiegelte Fläche und kühlere Temperaturen im Sommer haben.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Auch ich habe mir so meine Gedanken gemacht, vor allem auch zur Interpretation des Volksentscheides, und ich möchte auch noch ein bisschen eine philosophische Theorie einbringen. Denn neben den von Daniel Sägesser vorhin schon erwähnten Baumsamen im Abstimmungskampf erinnere ich mich auch noch gut an die Debatte im Juni, als viele von Ihnen Bürgerlichen genau für diese Gegenvorschläge gekämpft haben, die uns nun als Motionen vorliegen und die Sie nun aber ablehnen. Ich unterstelle Ihnen jetzt mal voller Hoffnung, dass die meisten von Ihnen diese Gegenvorschläge nicht nur unterstützen haben, um die Initiativen zu verhindern, sondern um tatsächlich auch deren Anliegen ein bisschen vorwärts zu bringen.

Sie haben auch Ihre Webseite Stadtklimaperspektiven genannt. Aber wenn Sie nun heute plötzlich alle gegen genau diese Perspektiven stimmen, dann finde ich diese Kehrtwende mindestens ebenso erklärungsbedürftig wie die Missachtung des Volksentscheides, welche Sie uns vorwerfen. Es könnte ja sogar sein, dass das Volksmehr genau wegen Ihren Argumenten zustande gekommen ist, also wegen den auch im Abstimmungskampf unaufhörlich wiederholten «grundsätzlich richtigen Stossrichtung, aber nicht so», und nicht, weil 59 Prozent der Bevölkerung unbedingt in der Innenstadt Auto fahren möchten. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Vielleicht könnten Sie genau mit Ihrem vernünftigen Weg die Wählerinnen und Wähler überzeugen, die sich wohl mehr Begrünung wünschen, aber Bedenken haben wegen den Baustellen und schon den günstigen blauen Parkplatz vor der Haustüre unter einem Bildblumentepich verschwinden sahen.

Und weil wir eben davon ausgehen, dass mehr Verkehrssicherheit und mehr Platz im engen Strassenraum für die meisten Leute okay ist, empfehlen wir Ihnen, diese Motionen zu überweisen. Denn im Stadtraum, auch wenn Adrian Iselin visionär denkt, wird der Platz auch nach dem 26. November weiterhin knapp bleiben. Wir müssen in der Mobilität auf Lösungen setzen, die möglichst wenig Fläche pro transportierte Person brauchen. Dazu gehört der Weg zu Fuss, das Velofahren oder die Nutzung von Tram und Bus.



Unsere grossen Visionen einer Klima angepassten lebensfreundlichen und schnell so verwirklichten Stadt hatten keine Chance. Das müssen wir zugeben und auch akzeptieren. Aber dies nun als Aufforderung zu nehmen, der Stadt tatenlos beim Heisserwerden zuzuschauen, fänden wir nun doch die falsche Reaktion.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Beat K Schaller. Sie wird angenommen.

Beat K. Schaller (SVP): Sind Sie sich bewusst, dass das Stimmvolk mit seinem Nein zu den Initiativen implizit Ja gesagt hat zu den Massnahmen des Regierungsrates und gesagt hat, dass diese Massnahmen gut seien und wirksam werden. Es braucht nicht noch weitere Massnahmen.

Jean-Luc Perret (SP): Ja, dessen bin ich mir bewusst und deshalb stimme ich auch für die Motionen, weil sie genau diesen Weg bestätigen und noch verstärken.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es ist noch eine Zwischenfrage aufgetaucht von Beat Braun. Sie wird ebenfalls angenommen.

Beat Braun-Gallacchi (FDP): Warum hat man im Juni gegen den Gegenvorschlag gestimmt und jetzt plötzlich dafür?

Jean-Luc Perret (SP): Weil ich davon ausgegangen bin, dass wir die Abstimmungen gewinnen. Jetzt haben wir eine andere Ausgangslage.

Claudio Miozzari, Statthalter: Auch Felix Wehrli möchte Ihnen noch eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Felix Wehrli (SVP): Warum haben Sie kein Vertrauen in den Regierungsrat und vor allem in die zuständige Regierungsrätin, die aus Ihrer Partei kommt?

Jean-Luc Perret (SP): *(Lachend)* Ich wechsele die Partei nicht, Felix Wehrli, aber ich kann die gleiche Antwort geben wie David Wüest-Rudin: In die Regierungsrätin habe ich Vertrauen, aber nicht ins Parlament nicht.

Claudio Miozzari, Statthalter: Jetzt ist noch eine Zwischenfrage aufgetaucht von Lorenz Amiet. Sie wird nicht mehr angenommen. Damit hat Eric Weber das Wort.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich habe angesichts der Initiativen gelesen hier grün, dann habe ich gerade zweimal Nein geschrieben. Ich habe es nicht durchgelesen, aber ich habe nur Grün gelesen, dann habe ich gewusst, das reicht nicht. Die Vorredner haben richtigerweise gesagt, die Grünen müssten vom hohen Ross herunterkommen. Es ist auch gesagt worden, dass nichts, was sie sagen, stimme. Ich habe mitgeschrieben. Ich möchte mich als Grossrat gewählt ausdrücken, aber was da abgeht ist Klimawahn.

Beat Schaller, ein altgedienter Grossrat, hat richtigerweise gesagt, er würde gerne noch mehr reden, aber er darf nicht hier reden, weil er Angst hat, dass er einen Ordnungsruf kriegt. Wir haben zwar einen guten Vizepräsidenten, den ich auch sehr schätze.

Zu beiden Motionen muss ich als Grossrat und Präsident der Liste Ausländer stopp Nein sagen. Viele Grossräte würden zu dieser Sache gerne härter reden, aber es geht nicht mehr, weil wir einfach Angst haben davor, die Wahrheit zu sagen. Ich habe das Wort Klimawahn benutzt. Ich möchte keinen Ordnungsruf, aber ich möchte nur ein Wort sagen. In neutralen Tageszeitungen steht teilweise leider auch das Wort Klimaterror. Daniel Seiler hat gesagt, dass in dem Parlament Leute sind, die arrogant sind, mit der Macht, schlechte Verlierer. Was der Daniel Seiler gesagt hat, muss ich vollkommen unterstützen. Auch der André Auderset aus dem Kleinbasel hat gut gesprochen.



Ich muss trotzdem sagen, ganz klar und sachlich, als Grossrat an die Grünen: Ihre Zeit ist vorbei, Ihre Zeit ist abgelaufen. Das zeigt die Nationalratswahl 2023. Ich lasse meine Töchter nicht vor den Karren dieser Motionen spannen. Ich habe die Motionen gelesen und wir haben hier leider wieder eine ideologische Debatte.

Ich bitte Beat Flury, dass man inskünftig solche Motionen nicht mehr annimmt. Man kann nicht zwei Motionen abgeben mit dem gleichen Text. Das geht nicht an.

Claudio Miozzari, Statthalter: Bitte sprechen Sie zu den Inhalten.

Eric Weber (Fraktionslos): Beide Motionen enthalten den gleichen Text, ich lehne beide Motionen ab. Ich muss natürlich noch zu meinen Vorrednern kommen, vor allem auch zu David Wüest-Rudin. Einmal ein klares freundliches Wort an die GLP: Die Bevölkerung sagt, die GLP wähle mal links und mal rechts. Das geht nicht. Meine Zwischenfrage ist natürlich abgelehnt worden. Das ist für mich kein Problem. Aber David Wüest-Rudin, der Wähler wird Ihnen den Tarif durchgeben und der Wähler wird irgendwann einsehen, dass man nicht mal links und mal rechts sein kann. Ich habe grossen Respekt vor der SP, der grössten Partei in Basel, und vor der SVP, der grössten Partei in der Schweiz. Aber Ihre Politik ist ein Schaden der Demokratie. Mir gefällt nicht, dass die GLP seit Jahren in diesem Parlament einmal links und einmal rechts stimmt.

Claudio Miozzari, Statthalter: Ihre Zeit ist abgelaufen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Diese Diskussion ist schon lustig. Wir sprechen hier heute vor allem über zwei Gegenvorschläge, die jetzt von links plötzlich wieder unterstützt werden. Ich zitiere Lisa Mathys, immerhin die Präsidentin der SP, die gesagt hat, diese beiden Vorstösse seien Augenwischerei. Ich nehme zur Kenntnis, dass eine Mehrheit der Linken bei der Debatte damals diese Gegenvorschläge abgelehnt hat. Ja, Daniel Sägesser hat heute Kreide gefressen, er ist von seinem hohen Ross heruntergefallen und er hat zugeben müssen, dass seine Klimapolitik in diesem Kanton nicht mehrheitsfähig ist. Ich glaube, das müssten wir einmal in dieser Deutlichkeit zur Kenntnis nehmen, Daniel Sägesser, Ihre Politik in diesem Kanton ist mit grosser Mehrheit nicht mehrheitsfähig.

Sie haben Schiffbruch erlitten mit diesen beiden Initiativen, Sie waren zu siegesgewiss – Jean-Luc Perret hat das auch zugegeben. Er ist davon ausgegangen, dass diese beiden Initiativen eine Mehrheit finden. Sie wurden eines besseren belehrt. Und nun hat David Wüest-Rudin in dieser gewohnten Manier des Slaloms, wie wir es uns ja von der GLP schon gewohnt sind, das Argument gebracht, diese Gegenvorschläge seien ja gar nicht zur Abstimmung gelangt, deshalb konnte das Volk dazu gar nicht sagen und deshalb sei es ja jetzt doch korrekt, dass diese Gegenvorschläge in fast gleichem Wortlaut nun hier drinnen noch einmal diskutiert werden. David Wüest-Rudin, ich möchte Sie daran erinnern, dieses Parlament hat Nein gesagt zu diesen Gegenvorschläge und wer hat dieses Parlament gewählt? Das Volk. Also ist es auch legitim, wenn wir jetzt sagen, es ist zu früh, bereits wieder mit etwas zu kommen, das wir hier in diesem hohen Hause verworfen haben.

Nun ist es ja nicht so, dass diese beiden Initiativen mit 51 Prozent der Stimmen abgelehnt worden sind. Dann könnte man vielleicht sogar noch davon sprechen, dass es sich um ein Zufallsresultat handelt. Aber diese beiden Initiativen sind mit einem riesigen Abstand abgelehnt worden. Sie wurden mit 60 Prozent abgelehnt, also sehr deutlich, und dann können Sie nicht sagen, wir bringen jetzt Gegenvorschläge, die eigentlich sich gar nicht so gross unterscheiden von dem, was in den Initiativen gestanden ist. Es stehen etwa 70 Prozent von dem, was in der Initiative gefordert wurde, in diesen Gegenvorschlägen. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

Es ist doch völlig absurd, jetzt etwas an den Regierungsrat zu überweisen, nachdem das Volk vor nicht einmal genau vier Wochen dazu Nein gesagt hat. Das ist nun wirklich auch eine Respektlosigkeit gegenüber dem Stimmbürger. Sie tun in diesem Saale immer so, als hätte bürgerlich, diese so genannte Betonfraktion, eine Mehrheit in der Regierung. David Wüest-Rudin, ich kann auf sieben zählen. Und drei sind von der SP und eine ist von der GLP und bei sieben sind vier bereits eine Mehrheit. Also, Sie können doch nicht behaupten, dass der Regierungsrat hier allenfalls etwas gegen ein gesundes Stadtklima oder gegen eine Begrünung unserer Innenstadt tun will. Das Gegenteil ist doch der Fall. Lesen Sie das Stadtklimakonzept. Das ist doch ausreichend. Sie brauchen doch jetzt nicht zwei Motionen an den Regierungsrat zu überweisen, die in einem Detailgrad ziemlich viel verlangt, was in zwei Initiativen abgelehnt worden ist, wenn wir gleichzeitig ein Stadtklimakonzept auf dem Tisch haben, das all diese Argumente und Anliegen berücksichtigt.

Ich bin auch für mehr Grün. Ich bin nicht von der Betonfraktion. Ich habe mit Ihnen zusammen, David Wüest-Rudin, für diese Gegenvorschläge gestimmt, nicht wie andere. Ich bin für mehr Grünflächen, aber es muss eben auch bau- und



städtebauverträglich erfolgen. Da hat die Bevölkerung ein sehr klares Votum abgegeben. Sie wollen nicht, dass unsere Stadt in den nächsten 20 Jahren nur noch eine Baugrube ist. Wir wollen die Fernwärme vorantreiben. Wir wollen Netto Null bis 2037. Das ist ein Volksentscheid, und auf diesem Wege können wir selbstverständlich alle diese Massnahmen, die sie sich wünschen, integrieren, wenn es Platz hat, wenn es funktioniert, aber wir können nicht noch zusätzlich das Fuder darüber legen und nun der Regierung quasi mit einem neuen Auftrag bereits wieder die Flügel stützen und sie in ihrer Entfaltungsmöglichkeit einschränken.

Das ist ein Misstrauensvotum gegenüber Ihrer eigenen Regierungsmehrheit. Ich bitte Sie deshalb inständig, akzeptieren Sie nun den Volkswillen, sagen Sie Nein zu diesen zwei Motionen, aber unterstützen Sie Ihre Regierung, unterstützen Sie auch in diesem Parlament alle Ideen, um möglichst viele Grünflächen zu erhalten, statt sie zu vernichten. Sie haben bei der Hebelschanze im letzten Monat aber einmal mehr bewiesen, dass Ihnen im Zweifel die Grau- oder die Betonfraktion näher ist.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Lisa Mathys, sie wird abgelehnt. Es hat sich Eric Weber für ein zweites Votum eingetragen. Herr Weber, es sind nur Aussagen zulässig zur weiteren Debatte, und nach Ihnen hat nur Joël Thüring gesprochen.

Eric Weber (Fraktionslos): Vizepräsident das ist richtig. Ich nehme Bezug auf meinen Lieblingsgrossrat Joël Thüring, aber ich wurde auch von der Altpräsidentin Jo Vergeat angesprochen worden, und dazu möchte ich auch eine Antwort geben. Das ist parlamentarisch okay.

Lieber Joël, wir werden dich auch im Parlament vermissen, wenn du Amtszeitbegrenzung hast.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sprechen Sie zur Vorlage und zu Aussagen von Joël Thüring, die er gerade vorher gemacht hat.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich darf sagen, dass Joël Thüring mein Lieblingsdrossrat ist. Und Joël Thüring hat richtig gesagt, dass man den Volkswillen respektieren muss. Und den Grünen sage ich auch, respektieren Sie den Volkswillen. Ihre Zeit ist abgelaufen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Das ist nicht zu lässig. Sie haben ihr Votum schon gehalten. Sie haben zu Ihrem Vorredner Stellung genommen. Möchten Sie noch etwas zu Ihrem Vorredner sagen?

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bitte, mir nicht ins Wort zu fallen, sonst verlieren wir noch mehr Zeit. Joël Thüring hat richtig gesagt, dass Daniel Sägesser Schiffbruch erlitten hat. Jo Vergeat meinte, ich würde so reden, weil Leute auf der Tribüne sitzen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Eric Weber, das tut nichts zur Sache, bitte verlassen Sie das Rednerpult.

Eric Weber (Fraktionslos): Beide Motionen müssen abgelehnt werden und ich habe nicht schlecht geredet, ich habe nur die Wahrheit gesagt. Und Schlusssatz: Ich lasse meine Kinder nicht vor den grünen Karren spannen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Wir sollten das Kind nicht mit dem Bade ausschütten mit der Ablehnung dieser Initiativen. Es ist doch auch so, dass vielen Wählerinnen und Wählern die Forderungen quantitativ zu weit gingen, dass sie den Eindruck hatten, das ist unrealistisch. Es gab auch viele Wählerinnen und Wähler unserer Partei, die fanden, das sei jetzt zu viel, auch angesichts der ganzen Ziele, die man sich sonst gesetzt hat. Aber das heisst doch nicht, dass sich die Menschen im Kanton nicht wünschen, dass man sich gewisse Ziele für die Begründung setzt. Im Gundeli gibt es weit bis in die bürgerliche Wählerschaft hinein viele Leute, die finden, dass die Umgestaltungen zu wenig grün geraten sind, dass man an der Gundeldingerstrasse keinen einzigen Baum aufgestellt hat, dass der Meret Oppenheim-Platz eine Asphaltwüste ist im Hochsommer und



klimatechnisch hoch problematisch. Da denke ich, ist es schon wichtig, dass man sich versucht, Ziele zu setzen. Ich sehe die beharrenden Kräfte dabei übrigens weder im Parlament noch in der Regierung. Ich sehe sie vielleicht in der Verwaltung und in langjähriger eingetübter Tiefbau- oder sonstiger Verwaltungspraxis. Das ist weder ein Vorwurf an die zuständige der Regierungsrätin noch ans Parlament, sondern eine Mahnung daran, dass man gewisse Sachen versuchen muss, auch im Verwaltungsalltag heute neu und anders zu denken.

Ich glaube, dafür braucht es auch eine gewisse Zielsetzung, eine vielleicht überambitionierte Zielsetzung. Diese wurde von der Bevölkerung abgelehnt, aber das heisst nicht, dass die Menschen im Kanton diesbezüglich keine Zielsetzung wünschen und wollten. Ich würde ja gerne von Joël Thüring wissen, wie er auf die 70 Prozent dessen, was die Initiative wollte, kommt, die jetzt mit diesen Motionen angestrebt werden sollen. Daniel Sägesser hat heute Morgen ganz andere Zahlen präsentiert, auch klar ausgewiesen. Ich verstehe nicht ganz und kann nun wirklich nicht nachvollziehen, wie man auf 70 Prozent kommt, und er ist uns diesbezüglich eine Erklärung schuldig geblieben. Ich sehe diesen Vergleich, den wir heute Morgen gesehen haben und sehe, dass es in der Grössenordnung auch deutlich weniger ambitioniert, aber wahrscheinlich auch viel realistischer ist als das, was die Initiativen gefordert haben.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Es ist eine kurze Präzisierung. Es geht um die zweite Motion, da geht es um die 70 Prozent Strassenraum.

Tim Cuénod (SP): Ich habe die Frage nicht ganz verstanden, aber ich glaube, es war auch keine.

Claudio Miozzari, Statthalter: Das habe ich auch so wahrgenommen. Nächste Einzelsprecherin ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Da ich doch auch persönlich angesprochen wurde und natürlich auf sehr fragwürdige Weise zitiert wurde, dann aber keine Zwischenfrage angenommen wurde, möchte ich doch trotzdem auch noch ein paar Überlegungen machen. Ich möchte Sie wirklich sehr bitten, ein bisschen sich zurückzuhalten mit dem Vorwurf, dass hier eine undemokratische Vorgehensweise gemacht werde. Zum einen muss ich sagen an die Adresse der GLP, dass ich es auch nicht supercool fand, diese Motionen einzureichen, während der Abstimmungskampf noch nicht gelaufen war. Ich stehe zu dieser Aussage, ich finde das nicht die feine Art, aber es ist auch so, dass Sie alle, die im Nein-Komitee waren, die den ganzen Abstimmungskampf über, aber wirklich den ganzen, betont haben, wie wichtig das Ihnen sei, dass es mehr Grün gäbe und dass es schneller vorangehe und dass man dafür Sorge, dass es mehr Grün gäbe in dieser Stadt. Wenn Sie jetzt diese Motionen ablehnen, dann haben Sie der Bevölkerung während dem Abstimmungskampf ins Gesicht gelogen. Ich möchte Sie wirklich bitten, dass Sie nicht uns unterstellen, dass wir den Entscheid nicht akzeptieren.

Sonst erinnere ich Sie gerne noch einmal an die Folie, die Daniel Sägesser gezeigt hat in seinem Votum. Wenn Sie den grossen Abstand zwischen den Ja- und den Nein-Stimmen ansprechen, gebe ich Ihnen recht. Aber der Abstand zwischen den Initiativen und den Motionen ist viel grösser als der Abstand zwischen den Ja- und den Nein-Stimmen. In diesem Sinne ist es also alles andere als antidemokratisch, sondern es geht darum, dass wir uns jetzt hier dafür einsetzen, dass Basel-Stadt einen konsequenten Weg für die Lebensqualität in unserem Kanton weitergehen kann und sich weiter dafür einsetzen kann, dass Dinge besser werden. Denn wir haben - und auch ich weiss, das hören Sie nicht gerne, aber es ist eine Tatsache wir haben Todesfälle im Sommer, weil wir eine zu grosse Hitzebildung haben, und wenn Sie das einfach weiterhin ignorieren wollen oder wegreden wollen, dann finde ich das auch nicht so super schön.

Deshalb bitte ich Sie auch aus meiner Warte noch einmal mit Nachdruck, diese beiden Motionen zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Damit hat sich die Diskussion bis auf den Motionär, der jetzt zu Wort kommt, erschöpft.

Tobias Christ (GLP): Vielleicht beginne ich in aller Form. Ich habe gehofft, dass sich das vermeiden lässt, dass es eher so ein PR-Gag war von gewissen Kreisen, die von undemokratischer Missachtung des Volkswillens und so weiter gesprochen haben, und dass dies heute nicht mehr so zur Sprache kommt. Das war leider nicht so. Deshalb muss ich das auch vorweg noch einmal in aller Form zurückweisen. Dem ist natürlich nicht so und dieser Vorwurf ist doch nicht sinnvoll begründbar. Die Entgegnung wurde schon von diversen Vorrednern gemacht und ich muss das nicht wiederholen. Ich danke allen, die den Vorwurf schon entkräftet haben.



Jetzt komme ich zur Einordnung aus meiner persönlicheren Perspektive, da ich das mit meinem Namen zu verantworten habe. Konkret wurde ich im Vorfeld dieser Debatte mit der Frage konfrontiert, ob ich jetzt diese Motionen zurückziehe, denn das wurde ja gefordert, auch wieder mit dem Vorwurf der Missachtung des Volkswillens. Und natürlich habe ich gesagt nein. Ich habe dann noch einmal in Ruhe erklärt, dass wir dieses zugegebenermassen unkonventionelle Vorgehen gewählt haben und diese Motionen schon im Vorfeld, vor der Abstimmung, angekündigt und eingereicht haben. Diese Motionen jetzt zurückzuziehen, wäre eine Missachtung des Volkswillens. Denn jetzt haben viele an der Urne Nein gestimmt – und man kann darüber spekulieren, wie viele das waren –, aber es ist doch ziemlich offen, wie das Resultat ausgesehen hätte, wenn wir diesen Move nicht gemacht hätten, wenn wir als GLP eine Ja-Parole beschlossen hätten.

Trotzdem möchte ich einen weiteren Bogen machen zu dieser Idee, wie man mit dem Volkswillen umgeht. Was bedeutet so ein Ergebnis? Das ist ein typisches demokratiepolitisches Problem, wie man ein Nein interpretiert, wenn es keinen Gegenvorschlag gegeben hat. Ein Nein kann ganz viele Gründe haben, und deshalb gehört des zum notwendigen, demokratiepolitischen Alltag, so ein Nein zu interpretieren. Sehr oft lässt man dann in der Praxis die Sachen etwas liegen, man sagt, da gab es einen Volksentscheid, ein Nein, also warten wir jetzt ein bisschen. Die Spitalfusion ist ein gutes Beispiel. Wie lange muss man warten, bis man das Thema wieder aufbringen darf? Ich denke, als Politiker müssen wir das beste machen, gerade bei Fragen, die keinen Aufschub zulassen. Wir können nicht einfach ein paar Jahre warten, sondern bei diesem Thema müssen wir wirklich vorangehen. Und da sind sicher erstaunlicherweise die meisten einig.

Aufgefallen ist mir bei der Debatte, dass nur wenige versucht haben, über Zahlen und über die konkreten Ziele zu reden. Es wurde nur sehr wenig über Inhalte gesprochen. Das ist für mich als letzter Redner eine gute Überleitung, um über Inhalte zu reden. Warum braucht es diese Motion? Die Regierung hat richtigerweise gesagt, dass es aus ihrer Sicht diese Motion nicht braucht. Das akzeptiere ich, das verstehe ich, das ist mir klar. Aber die Reaktion, die wir jetzt und insbesondere schon im Vorfeld gesehen haben, die Versuche von gewissen Kreisen, dieses Nein zu interpretieren, zeigen, wie dringend nötig diese Motionen sind. Wir als GLP haben das Nein mitzuverantworten, und wir müssen deshalb jetzt auch mit diesem Nein richtig umgehen. Das ist unsere Verantwortung, und das machen wir mit diesen Motionen.

Aber längst nicht nur mit diesen Motionen. Ich bin mit allen Rednern einig, die gesagt haben, jetzt tun konkrete Massnahmen Not. Ganz spezifisch will ich eingehen auf Adrian Iselin, der eine Frage aufgeworfen hat, wie der Verkehr in 30 Jahren aussieht. Ich denke, ich bin inhaltlich mit ihm nicht einig. Ich bin nicht sicher, ob wir gleich viel Verkehr haben werden, aber ich bin mit ihm einig, dass es die richtige Diskussion ist, die wir jetzt führen müssen. Und dieser Diskussion werden wir uns als GP natürlich nicht verschliessen. Wir meinen nicht, dass mit diesen Motionen diese Diskussionen erledigt sind, sondern im Gegenteil, wir wollen damit einen Schlusstrich ziehen unter diesen Fehler, den wir im Grossen Rat gemacht haben, nämlich keinen Gegenvorschlag vorzulegen. Diesen Fehler wollen wir jetzt damit korrigieren und ausbügeln.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002251, 06.12.23 14:44:23]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben die Motion mit 48 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

12.1. Interpellation 148 Pascal Messerli betreffend neuer Direktor der Kunsthalle Basel - Ein mutmasslicher Israelhasser an der Spitze eines vom Kanton alimentierten Betriebs?

[06.12.23 14:44:52, 23.5603.03]



Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er möchte nicht. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kunsthalle ist eine private Institution. Dem Regierungsrat stehen keine Kompetenzen bei der Wahl des Direktors zu. Das Präsidialdepartement hatte keine Kenntnis davon, dass Mohamed Almusibli die beiden im Internet veröffentlichten «offenen Briefe» unterzeichnet hatte. Der zuständige Departementsvorsteher hat am 16. November 2023 gegenüber den Medien ausführlich Stellung bezogen und klargestellt, dass er erwarte, dass jeglicher Verdacht von Antisemitismus klar ausgeräumt wird. Dies ist durch die Stellungnahme des Basler Kunstvereins, veröffentlicht am 16. November 2023, passiert. Der Kunstverein hat darin ausführlich öffentlich Stellung genommen, weshalb die Regierung an dieser Stelle nicht nochmals darauf eingeht. Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohamed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in diesen offenen Briefen.

Zu Frage 2: Der Basler Kunstverein ist davon überzeugt, mit Mohamed Almusibli als neuem Direktor die richtige Wahl getroffen zu haben. Der Regierungsrat sieht nach der öffentlichen Stellungnahme des Kunstvereins keinen weiteren Handlungsbedarf. Er unterstützt das Anliegen des Kunstvereins, dass der neue Direktor eine Chance bekommt, in Basel seine Fähigkeiten und sein Talent als Kurator zeitgenössischer Kunst unter Beweis zu stellen.

Zu Frage 3: Ja, Herr Almusibli hat seine Haltung erklärt und der Basler Kunstverein hat dazu am 16. November 2023 per Medienmitteilung eine Stellungnahme veröffentlicht. Der Vorsteher des Präsidialdepartements hatte dem Kunstverein gegenüber die Erwartung kommuniziert, öffentlich Stellung zu beziehen (siehe auch Antwort auf Frage 1).

Zu Frage 4: Nein, denn der Basler Kunstverein ist in engem Kontakt mit den jüdischen Stiftungen sowie anderen Förderinnen und Förderern, die das Programm der Kunsthalle sowie die Institution unterstützen.

Zu Frage 5: Nein.

Zu Frage 6: Sowohl der Basler Kunstverein als auch Mohamed Almusibli distanzieren sich entschieden von den umstrittenen Passagen in den erwähnten offenen Briefen. Mohamed Almusibli bedauert seine Unterschrift und hat klargestellt, dass seine Motivation zur Unterschrift die tiefe Betroffenheit mit dem gegenwärtigen Leiden im Nahen Osten auf allen Seiten war. Er verurteilt zudem jegliche Form von Antisemitismus. Dies wurde öffentlich klargestellt. Der Kunstverein und das Präsidialdepartement haben Hunderte von Zuschriften von Kulturschaffenden aus Basel, der gesamten Schweiz und weltweit erhalten, welche die Berufung von Mohamed Almusibli unterstützen. Der Regierungsrat befürchtet keine Reputationsschäden.

Zu Frage 7: Mohamed Almusibli hat in der Vergangenheit mit zahlreichen israelischen und jüdischen Künstlerinnen und Künstlern zusammengearbeitet und wird dies auch weiterhin tun. Er hat nachweislich bei allen seinen bisherigen Tätigkeiten als Kurator bewiesen, dass er für Vielfalt, Inklusion, Toleranz und einen offenen Diskurs einsteht.

Zu Frage 8: Wir verweisen auf die Antworten zu den Fragen 6 und 7.

Zu Frage 9: Nein, der Regierungsrat sieht dazu keinen Anlass.

Zu Frage 10: Die am 16. November 2023 veröffentlichte Stellungnahme der Kunsthalle hat aus Sicht des Regierungsrats alle offenen Fragen beantwortet.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Pascal Messerli (SVP): Zunächst einmal möchte ich mich bei Regierungsrätin Stephanie Eymann bedanken für die Beantwortung der Interpellation und generell für ihre Anwesenheit heute.

Wenn ein Nazi auf der Strasse einen Hitlergruss macht oder wenn ein Islamist anti-jüdische Parolen skandiert, dann sind das die bekanntesten Phänomene von Antisemitismus. Es ist aber so, dass Antisemitismus breit in der Gesellschaft eine Anerkennung findet und verbreitet ist, gerade in Künstlerszenen, oder auch in intellektuellen Kreisen merkt man, dass auch dort Antisemitismus ein grosses Thema ist. Wir kommen ja nachher noch auf die Interpellationen von Joël Thüring, in der Antisemitismus an der Universität thematisiert wird. Und bei aller Liebe und bei allem Verständnis, geschätzter Regierungsrat, aber ich nehme die Entschuldigung und die Distanzierung Herrn Almusibli nicht ab. Hören Sie doch auf, zu behaupten, das sei einleuchtend und diese Entschuldigung könnte man hier einfach so annehmen. Wer derartige Briefe mit derartig heiklen Passagen unterschreibt, der weiss, was er unterschreibt und er weiss, dass es heikel ist und er weiss, dass



es einen antisemitischen Hintergrund hat. Und selbstverständlich waren diese Briefe zutiefst antisemitisch. Wenn man nämlich nur derartige Briefe unterzeichnet, einseitig gegen Israel, gleichzeitig aber keine anderen Länder auf der ganzen Welt kritisiert – China wird nicht kritisiert, Russland wird nicht kritisiert, die Frauenrechte in islamischen Ländern werden nicht kritisiert, dass die Hamas Terroranschläge gemacht hat, wurde erst vier Tage später in dem Brief dann auch noch als Zwischenbemerkung eingefügt –, dann ist das doch ganz klar ein antisemitischer Vorfall, wenn man nur Israel und nur dem jüdischen Staat Israel Völkermord und Genozid vorwirft. Das sind ja generell Begriffe, die auf tiefe Verbrechen schliessen lassen. Und wenn man gerade die Terror-Anschläge der Hamas einfach ignoriert, dann ist das ein ganz klarer antisemitischer Vorfall.

Wo ich dem Regierungsrat Recht gebe, ist, dass es sich um eine private Institution handelt, und dass es keine Arbeitgeberstellung gibt. Das ist so ja, aber trotzdem wird die Kunsthalle mit Steuergeldern finanziert, und ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wir werden an der Budgetdebatte einen Kürzungsantrag bei der Kunsthalle einreichen. Es ist ja toll, dass wir alle hier Lippenbekenntnisse machen zur Bekämpfung von Antisemitismus, aber wenn wir dann wieder so einen Fall haben, dann reicht eine plumpe Entschuldigung und eine plumpe Distanzierung von Antisemitismus und alles ist wieder gut und er ist super und erst toll und er wird der beste Kunsthallenchef aller Zeiten. Meine Damen und Herren, so geht es nicht, da werden wir uns wehren und wir können jetzt schon sagen, wir werden sämtliche Form von Antisemitismus, auch in künstlerischen Kreisen, auch in Intellektuellenkreisen, auch an der Universität bekämpfen. Das wird ein langer Kampf sein, auch hier an diesem Kanton Basel-Stadt, und das lassen wir uns nicht gefallen und dementsprechend werden wir hier weiter aktiv sein. Und gerade Herrn Almusibli werden wir ganz gut auf die Finger schauen, das kann ich Ihnen jetzt schon garantieren. Ich bin mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.2. Interpellation Nr. 149 Beat K. Schaller betreffend einseitige Politpropaganda von staatlich finanzierten Institutionen

[06.12.23 14:52:15, 23.5604.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen.

12.3. Interpellation Nr. 150 Joël Thüring betreffend mutmasslich antisemitische Vorfälle an der Universität, der FHNW, an Schulen und vom Kanton mitfinanzierten Institutionen

[06.12.23 14:52:33, 23.5608.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Joël Thüring (SVP): Ja, ich möchte begründen, insbesondere weil Regierungsrätin Stephanie Eymann im Namen des Regierungsrat auch schon ein bisschen auch zu meiner Interpellation Stellung genommen hat und hier, wie auch mein Vorredner Messerli bereits erwähnt hat, nun wirklich nicht zufriedenstellend geantwortet hat. Was ist passiert seit dem schrecklichen Terroranschlag auf Israel? Wir stellen fest, dass sich hier in unserer Stadt Antisemitismus sehr breit macht. Und ich muss leider auch feststellen, dass die Rufe derer, die sonst, wenn irgendwelche Rechtsradikalen auf die Strasse gehen, in Fragen des Antisemitismus aus der Künstlerszene, aus der Intellektuellenszene zumindest nicht so laut hörbar sind. Und wir haben hier in den vergangenen Wochen, und das finde ich beachtlich, an einigen Institutionen, die dem Kanton gehören, antisemitische Vorfälle erleben müssen.

Da ist einerseits an der Hochschule für Gestaltung, der Fachhochschule Nordwestschweiz, ein Vorfall zu verzeichnen. Dort wurde ein Plakat ausgehängt «Genozid ist kein Konflikt und staatliche Gewalt keine Lösung». Dieser Slogan, das hat auch



ein entsprechender Rassismus- und Antisemitismusexperte gesagt, ist implizit antisemitisch. Die FHNW sagt in einer Stellungnahme, sie wollen den Vorfall aufarbeiten, aber wirklich viel geschehen ist seither nicht.

Dann haben wir diese unsägliche Situation an der Universität Basel in diesem von offenbar antisemitischem Gedankengut geprägten Fachbereich Urban Studies, wo es doch tatsächlich möglich ist, dass irgendwelche vom Steuerzahler alimentierten Dozenten behaupten können, dass Israel Wildschweine im Westjordanland als Waffe einsetze, um damit Palästinensern zu schaden. Das ist krass antisemitisch, und auch hier erwarte ich von der Universität nicht nur, dass sie öffentlich sagt, sie wolle den Fall aufarbeiten, sondern dass die Universität diesen Fachbereich Urban Studies genauestens unter die Lupe nimmt und auch prüft, wer dort welches Gedankengut auch an Vorlesungen vertritt. Und es ist für mich absolut klar, dass das Parlament hier auch eine Antwort darauf erhalten muss, wie damit umgegangen wird seitens der Universität.

Dann haben wir von Regierungsrat Conradin Cramer gehört, dass es an den Schulen unmittelbar nach diesem schrecklichen Terroranschlag auf Israel zu gut 12 antisemitischen Vorfällen gekommen sei. Auch hier möchte ich ganz konkret wissen, was nun das ED macht und ob allenfalls auch das Erziehungsdepartement diese antisemitischen Äusserungen weiterverfolgt, nämlich indem es sie an die entsprechenden Strafverfolgungsbehörden weiterleitet und beispielsweise auch mit Eltern von Kindern, die sich an Schulen antisemitisch äussern und keinen Schweizerpass haben, eine Integrationsvereinbarung abschliessen. Das ist eine Frage, die zu stellen ist.

Und der Fall Almusibli in der Kunsthalle ist längstens kein Fall Almusibli mehr, es ist ein Fall Kunsthalle und Kunstverein. Und übrigens ist Katrin Grögel als Abteilungsleiterin Kultur vertreten in diesem Stiftungsrat, beratend, und diese Findungskommission hat zufälligerweise ebenfalls ein Mitglied aus Genf, einen Künstler aus Genf, der sich selber einem solchen Aufruf angeschlossen hat, der ebenfalls einseitig Israel eines Anschlags oder eines Angriffs auf Palästina beschuldigt. Auch dieser Aufruf schwafelt von einem Genozid und lässt den Angriff der Hamas auf Israel aus und kritisiert dies nicht. Und ein Mitglied des Stiftungsrates des Kunstvereins postet auf Instagram regelmässig anti-israelische Posts, auch dort wieder mit dem Hinweis, dass es sich wahrscheinlich um einen Genozid handelt, welchen Israel nun an der palästinensischen Bevölkerung verübt, Das sind alles Indizien, dass wir in dieser Kunsthalle, Frau Regierungsrätin, ein massives Problem mit Antisemitismus haben. Und hier erwarte ich Antworten vom Regierungsrat, wie er damit umgeht, dass es in einer Institution, die privat ist, aber hauptsächlich vom Steuerzahler alimentiert wird, offenbar krude antisemitische Haltungen in den obersten Gremien gibt.

Und deshalb sind diese Fragen wichtig, und ich hoffe wirklich sehr, dass der Regierungsrat diese Interpellation, weil er sie ja schriftlich beantwortet und ein bisschen mehr Zeit hat, sehr detailliert beantwortet. Denn es ist klar, wir werden beim Thema des Antisemitismus keinen Hauch davon abweichen, dass dies mit aller Härte und Schärfe verfolgt werden muss. Hier erwarten wir auch klare Kante des Regierungsrates gegenüber Institutionen wie der Uni, der FHNW oder der Kunsthalle, die in ihren Reihen Antisemiten angestellt haben.

12.4. Interpellation Nr. 151 Fina Girard betreffend Unterbringung von Jugendlichen im Gefängnis durch die KESB

[06.12.23 14:57:55, 23.5609.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

12.5. Interpellation Nr. 152 Bruno Lötscher-Steiger betreffend Stopp der geplanten Verdoppelung der Studiengebühren an der Universität für Langzeitstudierende

[06.12.23 14:58:14, 23.5610.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.



Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Die Idee, dass offenbar Studiengebühren verdoppelt werden sollen für Langzeitstudierende ist ja nicht per se neu. Viele Universitäten machen das bereits in der Schweiz oder gehen sogar viel weiter. Was mir aber hier aufgefallen ist, ist, dass dieses Vorhaben nicht unreflektiert aber nicht öffentlich diskutiert wurde und letzten Donnerstag schon hätte eingeführt werden sollen beziehungsweise beschlossen werden sollen in der Regens. Und meine Interpellation hat nun immerhin dazu geführt, dass das Vorhaben vom Rektorat gestoppt worden ist für den Moment, so dass Zeit besteht das auch auf der politischen Ebene zu prüfen. In diesem Sinne bin ich sehr froh, dass diese Interpellation noch rechtzeitig hat eingereicht werden können. Ich bin dankbar dafür, dass die Regierung diese schriftlich beantworten wird, denn ich denke, dass das Gespräche mit dem Rektorat braucht. Es kann tatsächlich sein, dass das eine Vorlage ist, die auch gut ist. Das ist nicht auszuschliessen, man muss sie aber genau anschauen, sonst trifft sie sicher die Falschen, weil oftmals sozial schwächere oder gesundheitlich angeschlagene Personen betroffen sind.

Im Moment bin ich schon sehr zufrieden, dass es gestoppt worden ist und bin sehr gespannt auf die Antwort der Regierung.

12.6. Interpellation Nr. 153 Eric Weber betreffend warum hat unser Kanton die Studie der Lebenserwartung (in der Basel auf Platz 1 in ganz Europa liegt) verschlafen?

[06.12.23 15:00:06, 23.5613.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Eric Weber (Fraktionslos): Wir Basler werden europaweit, von Moskau bis Lissabon, von Malta bis zur Antarktis, am ältesten. Das hat eine hoch bezahlte Studie in Deutschland ergeben. Ich war glücklich, als ich das gelesen habe in der Süddeutschen Zeitung und in der Frankfurter allgemeinen Zeitung. Die Regierung hat geschlafen. Wenn ich jetzt Präsident von Basel wäre, hätte ich das gross gebracht, liebe Basler Bevölkerung, wir Basler werden am ältesten von ganz Europa.

Ich finde das cool, so eine schöne Nachricht hier zu bringen, dass wir glücklich und gesund sind und die ältesten Europäer. Es steht in meinem Text der Interpellation. Das wurde europaweit in allen Zeitungen gebracht, in Deutschland, Frankreich, Italien überall, aber nicht in Basel. Die Regierung hat bei diesem wichtigen Thema geschlafen, und darum muss ich das sagen. Die Lebenserwartung der klassischen Geschlechter nähert sich an, Basel steht auf Platz 1 in ganz Europa und hat die besten Werte.

Warum hat der Kanton Basel-Stadt die Studie der Lebenserwartung verschlafen? Gibt es beim Kanton Basel-Stadt keine Stelle, die die ausländischen Medien auswertet? Das deutsche Bundesinstitut für Bevölkerungswachstum hat die Studie gemacht, das ist eine Stelle des deutschen Bundeskanzlers Scholz, Bundesinstitut für Bevölkerungswachstum. Wir sind nur ein Sandkorn in Europa, aber trotzdem haben wir als Sandkorn den Rekord geschafft, dass wir am ältesten werden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen zur nächsten Interpellation.

12.7. Interpellation Nr. 154 Oliver Bolliger betreffend möglicher Verschiebung der OECD-Mindeststeuer und deren Auswirkungen auf den Kanton Basel-Stadt

[06.12.23 15:03:52, 23.5622.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant möchte nicht begründen. Damit hat das Wort Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich beantworte diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt:

Zu Frage 1: Ja, der Regierungsrat befürwortet die Verschiebung der Einführung der OECD-Mindeststeuer und hat dies auch der zuständigen Bundesrätin mitgeteilt.



Zu Frage 2: Aus Sicht des Regierungsrates haben sich die internationalen Rahmenbedingungen seit der Abstimmung vom 18. Juni 2023 wesentlich verändert. So war eine derart zurückhaltende Umsetzung der OECD-Mindeststeuer durch die anderen Länder nicht vorhersehbar. Rund 75 Prozent der 140 Staaten, die sich 2021 für eine Mindeststeuer ausgesprochen haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bereit diese umzusetzen. Als Vorreiter des Projekts gilt zwar die EU, aber auch deren Mitgliedstaaten stehen nicht geschlossen hinter dem Projekt. Bei einer Inkraftsetzung der OECD-Mindeststeuer durch die Schweiz würden Schweizer Unternehmen gegenüber ausländischen Konkurrenten in Staaten, welche die Mindestbesteuerung nicht oder noch nicht umsetzen, finanziell erheblich benachteiligt. Mit einer Verschiebung der Inkraftsetzung kann somit die heutige Wettbewerbsfähigkeit erhalten und ein Standortnachteil vermieden werden.

Zu Frage 3: Im Budget 2024 sind Mehreinnahmen von 50 Mio. Franken aufgrund eines Übergangseffekts im Zusammenhang mit der OECD-Mindeststeuer berücksichtigt. Mehreinnahmen aus der Bundesergänzungssteuer sind bisher weder budgetiert noch im Finanzplan eingestellt worden.

Zu Frage 4: Nein. Wenn der Bundesrat die OECD-Mindeststeuer nicht per 2024 einführt, wird Basel-Stadt dies nicht eigenständig auf diesen Zeitpunkt tun, um die heutige Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und einen Standortnachteil zu vermeiden. Der Regierungsrat wird die veränderte Ausgangslage und die internationale Situation weiterhin beobachten und die möglichen Optionen prüfen.

Zu Frage 5: Nein. Höhere Steuern führen zu einer tieferen Standortattraktivität. Der Kanton Basel-Stadt hat sich daher immer dafür eingesetzt, dass allfällige Mehreinnahmen aus der Ergänzungssteuer dauerhaft an die betroffenen Kantone gehen, damit diesen Mittel für den Erhalt der Standortattraktivität zur Verfügung stehen.

Zu Frage 6: Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen der Steuergerechtigkeit, welches der Reform zu Grunde liegt. Ob die OECD-Mindeststeuer diesem Anspruch gerecht werden kann, muss sich zuerst noch zeigen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Oliver Bolliger (GAB): Ich bedanke mich für die mündliche Beantwortung meiner Interpellation. Von der Antwort der Regierung bin ich nicht wirklich überrascht, aber die Deutlichkeit und die Infragestellung der OECD-Mindeststeuer als Mittel zu mehr internationaler Steuergerechtigkeit erschreckt mich nun schon ein wenig. Zumindest bei meiner letzten Frage hätte ich mir ein wenig mehr Ausgewogenheit und klare Positionierung gegen Steueroasen gewünscht. Es scheint sie nicht zu überraschen, mit der Beantwortung meiner Interpellation bin ich natürlich überhaupt nicht zufrieden, wie so oft bei Finanz- und Steuerfragen schaut Bundesbern und darauf folgend jeder einzelne Kanton mal zuerst auf sich, um sozusagen das Fünferli und das Weggli zu ergattern. Ja nicht zu viel für andere bezahlen, ja nicht zu kurz kommen, Solidarität, meine geschätzten Damen und Herren, sieht in meinen Augen ein wenig anders aus. Die OECD-Mindeststeuer wäre ein wichtiger Hebel, um Steuerrasen für Grosskonzerne zu verhindern. Leider ist sie schon verbessert, bevor sie überhaupt eingeführt ist, falls sie denn überhaupt je eingeführt wird.

Wir von der BastA! begrüßen eine OECD-Mindeststeuer und haben unsere Kritik an der Ausgestaltung der Verteilung zwischen Bund und Kanton bereits bei der Abstimmung klar zum Ausdruck gebracht. Uns liegt die internationale Steuergerechtigkeit sehr am Herzen, deshalb auch diese Interpellation. Eine Verschiebung der Einführung der Mindeststeuer durch den Bundesrat wäre in der Konsequenz egoistisch, demokratisch auch fragwürdig und schadet vor allem auch der europäischen Zusammenarbeit.

Die Basler Regierung hat sich mit dem Argument der Dringlichkeit und der Sinnhaftigkeit der Mindeststeuer für den Kanton Basel-Stadt aber auch für die hier ansässigen Grossfirmen, aber eben auch für mehr internationale Steuergerechtigkeit damals im letzten Juni für die Einführung der Mindeststeuer eingesetzt. Umso befremdlicher ist, dass die Basler Regierung sich nun in Bundesbern, aktiv für die Verschiebung eingesetzt hat. Es wäre ein starkes Zeichen der Basler Regierung, zumindest aus meiner Sicht, die Mindeststeuer trotzdem im nächsten Jahr umzusetzen. So könnte zum Ausdruck kommen, dass diese Mindeststeuer trotz allen Schwächen zumindest ein Ansatz gegen den unsäglichen nationalen und internationalen Steuerwettbewerb ist. Es stellt sich nach der Antwort für mich weiterhin schon noch die Frage, ob das Budget 2024 nicht korrigiert werden müsste, sind doch trotzdem 50 Millionen einmaligen Zusatzeinnahmen aufgrund der Annahme der OECD-Mindeststeuer in Frage gestellt.

Die Antwort zur Interpellation ist aus Sicht der Finanzministerin des Kantons klar nachvollziehbar, aber diese Deutlichkeit hätte ich ehrlicherweise schon nicht erwartet. Für internationale Steuergerechtigkeit scheinen die Zeiten sehr weit weg zu sein.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



12.8. Interpellation Nr. 155 Sandra Bothe-Wenk betreffend den verschiedenen Prüfungsformate für die Maturaprüfungen SJ 23/24

[06.12.23 15:09:55, 23.5623.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellation wird schriftlich beantwortet. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

12.9. Interpellation Nr. 156 Annina von Falkenstein betreffend Einschränkung des Ruftaxi-Angebots auf dem Areal des Friedhofs Hörnli: Sind dem Bau- und Verkehrsdepartement die Anliegen trauernder älterer und gehbehinderter Menschen egal?

[06.12.23 15:10:16, 23.5624.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Die Interpellantin möchte nicht begründen.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Die Verantwortung für das Rufbusangebot wurde 2020 dem Betrieb der Friedhöfe Basel übertragen, der das Angebot seit 2021 mit zwei eigenen Mitarbeitenden sowie mit Unterstützung von Personen aus den Eingliederungsstätten gewährleistet. Zum einen konnte seit Sommer 2023 kein geeignetes Personal mehr aus den Eingliederungsstätten gewonnen werden. Zum anderen musste infolge Zunahme der Todesfallzahlen und der Kremationen das bisher eingesetzte Betriebspersonal für andere Tätigkeiten im Bestattungswesen eingesetzt werden, weshalb das Rufbusangebot eingeschränkt werden musste. Der Regierungsrat weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Friedhof zwar sieben Tage die Woche geöffnet ist, der Betrieb mit seinen Ressourcen aber auf eine Fünftagewoche ausgerichtet ist und am Wochenende jeweils grundsätzlich ruht.

Zu Frage 2: Der Stellenetat hat sich nicht geändert. Möglicherweise bezieht sich diese Aussage auf den Umstand, dass 2022 und 2023 aufgrund der hohen Todesfallzahlen und Kremationen befristet zwei zusätzliche Stellen im Betrieb der Friedhöfe Basel geschaffen wurden. Eine Anstellung lief per 30. November 2023 aus, die zweite Stelle ist bis zum 30. April 2024 befristet.

Zu Frage 3: Seit Sommer 2023.

Zu Frage 4: Gemäss interner Auswertung zur Nutzung des Rufbusses 2023 werden an Werktagen durchschnittlich zwischen vier und fünf und an Wochenenden zwischen ein und zwei Fahrten pro Tag durchgeführt.

Zu Frage 5: Der Regierungsrat hat Verständnis dafür, dass eine Einschränkung des Angebots zu Unmut führen kann. Allerdings sind seit der Umstellung im Juni 2023 lediglich vier Rückmeldungen mit Bezug zur Einschränkung des Rufbusangebots eingegangen.

Zu Fragen 6 und 7: Die Einschränkung des Rufbusangebots ist keine Sparmassnahme. Die bislang dafür eingesetzten personellen Ressourcen werden im Bestattungswesen benötigt.

Zu Frage 8: Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da diese Zahlen nicht erhoben werden.

Zu Frage 9: Derzeit sind keine Ersatzangebote vorgesehen. Wie bereits ausgeführt, war die bisherige Nachfrage eher gering.

Zu Frage 10: Nein.

Zu Frage 11: Grundsätzlich ist jede Abteilung barrierefrei zugänglich, jedoch nicht jede einzelne Grabstätte.

Zu Frage 12: Selbstverständlich wurden die Vor- und Nachteile einer Einschränkung sorgfältig abgewogen. Die Sicherstellung des gesetzlichen Dienstleistungsangebots im Bestattungswesen hat aber weiterhin Vorrang. Der Rufbus wird



weiterhin an bestimmten Feiertagen (Karfreitag, Ostersonntag und -montag, Auffahrt, Pfingstsonntag und -montag, Allerheiligen, Heiligabend, Weihnachten) zur Verfügung stehen.

Zu Frage 13: Nein, dazu besteht kein Anlass. Im Gegenteil: Der Friedhof am Hörnli ist der grösste Friedhof der Schweiz und stellt eine imposante Gartenanlage dar, die der Bevölkerung unter anderem der ruhigen Erholung, dem Spazieren, Wandern, Joggen und ruhigen Verweilen dienen soll.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu beantworten, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Annina von Falkenstein (LDP): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich möchte gerne hervorheben, dass sich meine Stellungnahme aufs BVD bezieht und natürlich nicht auf die Person, die jetzt diese Antworten, mit denen ich überhaupt nicht zufrieden bin, vertreten hat.

Einerseits geht aus der Antwort hervor, dass man zwar den grössten Friedhof hat, was wieder betont wird, der auch als Sport- und Turnanlage dienen soll, natürlich nur ruhig, für das Spazieren, für das Wandern, fürs Joggen, was ich ein wenig absurd finde, weil das geht nur für mobile-Menschen, aber für die weniger mobilen Menschen wurde am Wochenende einfach diese Leistung gestrichen, weil man sich mehr aufs Core-Business fokussieren muss, was ja temporär nachvollziehbar ist, aber langfristig kann es doch nicht sein, dass man sagt, es ist keine Sparmassnahme, aber es ist ein Leistungsabbau. Das geht für mich nicht auf.

Für mich kommt jetzt auch ein bisschen ein komisches Gefühl auf, wenn es heisst, man kann das nur so lange aufrechterhalten, wie man auch noch Personen aus Eingliederungsstätten beiziehen kann. Was sind das denn für Personen? Personen, die während mehrmonatigen Eingliederungstrainings von der IV bezahlt werden und wenn dann halt niemand gefunden wird, den die IV, also nicht der Kanton, bezahlen wird, dann stellt man die Leistung einfach ein? Auch das ist etwas komisch. Und das klingt jetzt vielleicht sehr kalkulatorisch, aber wenn es mehr Todesfälle gibt, dann fallen auch mehr Kosten an für dieses Core-Business des Friedhofs. Das heisst aber auch, dass diese Kosten ja gedeckt werden, das ist ja normal. Man kann ja nicht mit einem Bestand von Mitarbeitenden langfristig mehr Todesfälle abdecken. Langfristig braucht es mehr Stellen. Da kann man dann nicht einfach den Rufbus abstellen, weil man halt jetzt mehr Todesfälle hat.

Entweder ist man der grösste Friedhof der Schweiz und man hat das entsprechende Angebot, dass Besucherinnen und Besucher, egal wie gut sie zu Fuss sind an allen Wochentagen die Grabstätten ihrer liebsten Verstorbenen besuchen können, oder man ist dann nicht der grösste Friedhof oder man ist ihn eben mit einem schlechten Service. Aber man kann nicht immer sagen, dass wir den grössten Friedhof haben, dass es eine imposante Gartenanlage fürs Wandern, Joggen, Spazieren ist, aber die Personen, die nicht gut zu Fuss sind, die können den eigentlichen Zweck des Friedhofs, nämlich eine Andenkensstätte zu sein, nicht wahrnehmen an allen Tagen.

Es ist ja löblich, dass man an Feiertagen weiterhin den Rufbus einsetzt. Vielleicht sollte man das auch anschreiben. Auf dem aktuellen Aushang auf dem Friedhof steht nämlich, man findet Online-Informationen. Ich bin wirklich nicht Angehörige der Babyboomer-Generation, aber ich habe nichts gefunden. Und dann geht es halt einfach einmal mehr um die Kommunikation und da hat ja das BVD eine Vorsteherin mit sehr viel Erfahrung in diesem Bereich. Es wäre schön, wenn man das wirklich auch für das Andenken an Verstorbene nutzen könnte, dafür, dass man wirklich den Rufbus nutzen kann und auch weiss, wann er fährt.

In diesem Sinne muss ich wirklich sagen, dass ich leider gar nicht zufrieden mit der Antwort. Sie sucht Ausflüchte, auch hinsichtlich der Fünftageweche. Man kann auch eine Fünftageweche haben und die Mitarbeitenden so legen, dass trotzdem am Samstag und am Sonntag für die Besuchenden, die halt eine grosse Gruppe der Klientel darstellen. Denn für die Verstorbenen ist es die letzte Ruhestätte, aber für die, die noch hier sind, ist es eine Andenkensstätte und das muss ermöglicht werden für alle Personengruppen. Deshalb bin ich wirklich nicht zufrieden.

Claudio Miozzari, Statthalter: Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

12.10. Interpellation Nr. 157 Lorenz Amiet betreffend Bundesratswahlfeier und ihre Kosten für den Steuerzahler

[06.12.23 15:17:50, 23.5625.01]



Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

Lorenz Amiet (SVP): Zunächst wünsche ich unserem Regierungspräsidenten Beat Jans viel Glück heute in einer Woche bei seiner möglichen Wahl in den Bundesrat. So viel vorweihnachtliche Stimmung darf sein.

Jetzt aber wieder zum politischen Alltag: Interpellationen können mündlich oder schriftlich beantwortet werden. Meine Interpellation ist relevant bis kommenden Mittwoch. Da ist mein Verständnis, dass man versuchen sollte, die Interpellation mündlich zu beantworten. Ich habe natürlich Verständnis, dass man das nicht immer schafft, wenn viele Fragen kommen, schwierige Fragen kommen, komplexe Fragen kommen, eine Interpellation mehrere Departemente betrifft. Dann habe ich volles Verständnis, dass man eine schriftliche Antwort gibt.

Ich habe aus Rücksichtnahme auf die Situation deshalb nur fünf Fragen gestellt, kurze Fragen, die kurze Antworten bedurft hätten, um die Aufgabe möglichst einfach zu machen. Die Verwaltung hätte fünf, maximal zehn Minuten Aufwand gehabt, zwei, drei Zahlen hätte sie noch heraussuchen müssen.

Meine Damen und Herren, man will nicht schnell antworten. Jetzt kann man sagen, aber Regierungspräsident Beat Jans, dessen Departement meine Interpellation betrifft, ist es ja gar nicht hier, er kann ja gar nicht antworten. Richtig, aber er kann auch nicht antworten in eigener Sache. Er kann ja nicht gut über seine eigene Wahlparty Antworten geben, also er hätte ohnehin eine Stellvertretung antworten müssen und für eine solche Stellvertretung wäre Regierungsrätin Stephanie Eymann längstens gut genug gewesen. Nein, meine Damen und Herren, man will nicht rasch antworten.

Heute Morgen war mehrfach von politischem Respekt die Rede, gegenseitig zwischen Regierung und Grosse Rat. Auch das hat für mich irgendwo mit politischem Respekt zu tun. Man kann mich selbstverständlich jetzt eines Besseren belehren, wenn man nämlich die schriftliche Antwort in den nächsten sechs Tagen abgibt. Das ist technisch möglich. Es sagt ja niemand, man darf erst beim letzten Versand vor der Januarsitzung die Interpellation schriftlich beantworten. Zuversichtlich bin ich nicht, dass das passieren wird, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Claudio Miozzari, Statthalter: Wir kommen damit zurück zu den Motionen.

16. Motion 4 Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität

[06.12.23 15:20:23, 23.5545.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Und natürlich erinnern wir uns alle an die lebhafte und lange Debatte, in der schon mehrere Personen zu dieser Motion Stellung genommen haben.

Wir eröffnen natürlich die Debatte jetzt trotzdem zur Motion 4. Erster Redner ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Ich versuche mich sehr kurz zu halten, nur kurz die Zahlen von vorhin noch einmal aufzunehmen. Wir haben vorher über die Zahlen gesprochen. Wir sprechen bei dieser Motion von 188'000 m² Fläche. 168'000 m² davon sind umzuwandelnde Flächen des bestehenden Strassenraums. Bei den Initiativen hatten wir 240'000 m² Strassenraum. Jetzt können wir die Rechnung machen. Ich komme ja auf 70 Prozent nach wie vor. Ich würde das einfach am Anfang kurz in den Raum stellen und jetzt können wir weiterdiskutieren.

Claudio Miozzari, Statthalter: Gibt es Wortmeldungen abgesehen vom Motionär? Das ist nicht der Fall. Damit geht das Wort an Tobias Christ.

Tobias Christ (GLP): Ich danke Daniel Seiler, dass er versucht hat, die Debatte noch einmal auf die sachliche Ebene zu bringen. Es ist doch absolut berechtigt, hier noch einmal kurz zu sprechen, obwohl die meisten für die Sitzungsökonomie für beide Motionen gleichzeitig gesprochen haben, ist eigentlich niemand darauf eingegangen, worum es materiell und sachlich geht bei dieser zweiten Motion, und dass sie sich doch stark von der ersten unterscheidet. Sie ist zwar deutlich weniger problematisch. Es geht hier um viel mehr Fläche, sie ist aber auf gar kein Fall weniger wichtig deshalb, im Gegenteil. Es



wurde sehr oft auch von der Klimagerechtigkeitsinitiative und von unserem Klimaziel 2037 gesprochen. Hier haben wir jetzt diesen direkten Zusammenhang. Es geht wirklich darum, dass man den Verkehr auch entsprechend umbaut, nicht zuletzt auch darum, dass man um Verbote herum herumkommt, was immer noch unsere Hoffnung ist. Deshalb muss der Langsamverkehr gefördert werden.

Vielleicht noch eine andere Bemerkung, die ich vorher nicht mehr machen konnte, weil die Zeit schon fast abgelaufen war. Es wurde gesagt, dass wir von der GLP hier wieder einmal typischerweise einen Slalom-Kurs machen. Erstens empfinde ich Slalom-Kurs nicht als Vorwurf, denn Slalom kann auch sehr effizient und richtig sein, je nach Kontext. In dem Falle hier macht es aber überhaupt keinen Sinn. Ich denke, wir sind wirklich die einzigen, die wirklich ziemlich gerade eine Linie durchgezogen haben. Das gilt nicht für meine eigenen Verhandlungen innerhalb der UVEK, aber die sind geheim, aber wir als GLP haben hier eine fadengerade Meinung durchgezogen und die kommt jetzt hier zum Abschluss.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 40 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002261, 06.12.23 15:24:32]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und diese dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich für eine Überweisung der Motion entschieden mit 48 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung.

17. Anzug 1 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend einwandfreie Tramwartehallen erhalten statt verschrotten

[06.12.23 15:24:45, 23.5530.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Wird dies bestritten? Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen, es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

18. Anzug 2 Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen

[06.12.23 15:25:16, 23.5531.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Lorenz Amiez.

Lorenz Amiet (SVP): Dieser Anzug ist betitelt mit «betreffend Anpassung der Förderbeiträge für erneuerbare Heizlösungen». Man hätte dem Anzug durchaus auch Anti-Erdsondenheizungsanzug sagen können. Die Anzugstellenden befürchten, dass



Wärmepumpenlösungen, also Luftwärme- oder Erdwärmepumpen attraktiver sein könnten als Fernwärme. Ich frage Sie, geschätzte Damen und Herren, was wollen wir denn? Haben wir in diesem Kanton das übergeordnete Ziel zur Dekarbonisierung bis 2037 oder haben wir es nicht? Wir sollten froh sein über jede Wärmepumpe. Wärmepumpen brauchen zum Betrieb Strom, und sonst nichts. Fernwärme hingegen benötigt heute schon Erdgas, weil die Abwärme der KVA und Holzpellets und anderes nicht ausreicht. In Zukunft wird es noch viel mehr Fernwärme brauchen und damit wird dies noch viel stärker der Fall sein.

Fernwärme erzeugen Sie nicht mit Wärmepumpen, sondern durch das Verbrennen von Brennstoffen. Dekarbonisierung heisst in meinem Verständnis zunächst selbstverständlich, den Energiebedarf senken, danach aber fossile Energieträger durch CO₂ neutral hergestellten Strom zu ersetzen. Es heisst für mich nicht, fossil betriebene Gebäudeheizungen durch teilfossil betriebene, staatlich zentrale Heizungen zu ersetzen.

Deshalb ist es falsch, die Fernwärme im Wettbewerb zu den anderen CO₂-neutralen oder zu den wirklich CO₂-neutralen Heizsystemen bevorzugt zu behandeln. Deshalb ist dieser Anzug aus unserer Sicht eine falsche Bemühung in die falsche Richtung und gehört nicht überwiesen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Der Anzug hält fest, dass man heute unabhängig vom Heizungsersatz den Unterstützungsbeitrag für dieselbe Investitionsgrösse erhält. Künftig soll das anders sein. Künftig soll das so ausgestaltet werden, dass die Fernwärme bevorzugt wird. Dazu haben wir als FDP-Fraktion zwei Anmerkungen. Erstens sehen wir es nicht als unsere Aufgabe, unseren eigenen Monopolisten vor Konkurrenz zu schützen. Fernwärme muss sich genau so im Wettbewerb durchsetzen wie alle anderen erneuerbaren Energieformen auch. Es gibt für uns keinen Grund, dass wir hier eine privilegierte Behandlung einführen. Zweitens, es häufen sich die Nachrichten von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, die von der IWB keine klare und verbindliche Auskunft darüber halten, wie es jetzt bei ihnen mit dieser Fernwärme aussieht, wann sie erschlossen werden oder es kommen Jahreszahlen irgendwann in den Dreissigerjahren, bei denen man nicht genau weiss, wie es dann aussehen wird. Und teilweise kommt es auch zu widersprüchlichen Auskünften, einerseits von der IWB, andererseits dann vom AUE. Also es ist auch manchmal unklar, was effektiv möglich und zulässig ist und was entsprechend nicht.

In dieser Situation sehen wir keinen Grund, wieso man jetzt die Fernwärme besonders bevorzugen sollte. Wir unterstützen selbstverständlich das Ziel, dass im ganzen Kanton auf erneuerbare Heizlösungen umgestiegen werden soll. Das haben wir hier in diesem Parlament ja auch bereits mehrfach bekräftigt. Aus unserer Sicht ist es aber kein Beinbruch, wenn es jetzt in einzelnen Strassen nichts zu einem Fernwärmeanschluss kommt, weil die Anwender in der Zwischenzeit halt auf andere erneuerbare Lösungen umgestiegen sind. Am Schluss geht es um den Umstieg auf erneuerbare Energien. Welche das ist, das ist ja eigentlich nicht so entscheidend, so lange sie eben erneuerbar sind.

Deshalb sind wir keine Notwendigkeit, die aktuelle Förderpraxis anzupassen und bitten Sie deshalb, diesen Anzug abzulehnen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit hat der Anzugstellende Jean-Luc Perret das Wort.

Jean-Luc Perret (SP): Es geht bei diesem Anzug darum, eine Ungleichheit zu beseitigen, das wurde schon erwähnt. Aber es geht nicht darum, erneuerbare Energien gegeneinander auszuspielen, sondern wirklich um finanzielle Anreize und auch darum, ein falsches Nachhaltigkeitsversprechen eventuell zu korrigieren.

Denn heute ist das Fördermodell des Kantons so ausgestaltet, dass jeder Heizungsersatz etwa eine gleich grosse Investition der Bauherrschaft erfordert. Das heisst konkret, je teurer das System, desto höher der Förderbeitrag für eine Luftwärmepumpe erhält man etwa 8'000 Franken, für eine Holzheizung etwa 10'000 Franken und für eine Erdsondenwärmepumpe bis zu 30'000 Franken. Der Förderbeitrag für einen Fernwärmeanschluss ist nur rund 4'000 Franken und mutet dagegen fast bescheiden an. Beim Betrieb ist es aber umgekehrt. Für den Wärmebezug aus dem Fernwärmenetz rechnet man mit etwa 2'500 Franken pro Jahr, die Stromkosten für eine Erdsonde sind aber viel günstiger, lediglich 900 bis 2'200 Franken. Und dies berücksichtigt die Förderpraxis eben nicht und dieses Ungleichgewicht setzt deshalb einen falschen Anreiz und man sieht schon heute, dass viele Hausbesitzende sich für eine Erdsonde entscheiden, obwohl in den nächsten Jahren Luca die Fernwärme in die Strasse verlegt würde.

Der Kanton subventioniert also doppelt, einmal für die neue Erdsondenheizung, ein zweites Mal für den nicht mehr benötigten Wärmeanschluss, der dann trotzdem in die Strasse gelegt wird. Und dann kommt eben noch dieser zweite Punkt – und das können Sie im Moment im Neubad und auf dem Bruderholz sehen – es wird Erdsonde neben Erdsonde gebohrt.



Diese Erdsonden ziehen ja alle ihre Wärme aus dem Boden, und wenn sie zu knapp nebeneinander sind, besteht die Gefahr, dass sie sich gegenseitig konkurrenzieren und den Boden schneller auskühlen als geplant. Ich habe mich für die physikalischen Details interessiert und habe noch eine schriftliche Anfrage am Laufen, die demnächst beantwortet werden wird.

Es könnte also sein, dass die Erdsonde gar nicht so nachhaltig ist, wie gedacht und schon nach relativ kurzer Zeit wieder abgelöst werden muss. Und auch diese Problematik wird im Anzug ja angesprochen. Ich bitte Sie also, das AUE zu beauftragen, die Förderung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Wir könnten unnötige Förderausgaben verhindern, die wir andernorts besser brauchen könnten.

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Lorenz Amiet und Luca Urgese. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002264, 06.12.23 15:33:19]

**Der Grosse Rat beschliesst,
den Anzug zu überweisen.**

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben sich für eine Überweisung des Anzugs entschieden mit 66 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

19. Anzug 3 Luca Urgese und Konsorten betreffend Velospur in der St. Jakobs-Strasse

[06.12.23 15:33:31, 23.5532.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Sie sehen in der Kreuztabelle, dass die SVP ein Offen eingegeben hat. Ich befinde mich auf der kritischen Seite, denn der Anzug zeigt deutlich, wie in Basel Verkehrspolitik gemacht wird. Immer mehr Menschen beanspruchen immer mehr Verkehrsfläche und man sucht sich den, der keine Lobby hat und dringt ihn an den Rand. Verkehrspolitik auf dem Buckel der Schwächsten, der Fussgänger. Und der Anzug erwähnt ja, dass Velofahrer eventuell stehen müssen. Ja, wie schlimm ist denn das? Dann nimmt man lieber in Kauf, dass Fussgänger auf dem Trottoir in Gefahr gebracht werden.

Ich finde das eine bedenkliche Entwicklung. Und statt dass die Velofahrer lernen, sich verantwortungsvoll auf den ihnen zugewiesenen Flächen zu bewegen und halt mal ein paar Sekunden später ankommen, sucht man nach Möglichkeiten, wie man anderen Verkehrsteilnehmern noch mehr Bewegungsfläche entziehen kann. Wer sind diese anderen Teilnehmer? Natürlich die Schwächsten, die Fussgänger. Man redet gerne vom Fussverkehr, denn es zu fördern gilt. In Tat und Wahrheit sind die Fussgänger eine *Quantité négligeable*, mit denen man scheinbar machen kann, was man will.

Gesetzliche Vorgaben sind anscheinend Nebensache. Artikel 43 Absatz 2 des Strassenverkehrsgesetzes sagt, dass das Trottoir den Fussgängern vorbehalten sei -ein besserer Witz, wenn wir die Praxis anschauen. Es gibt eine Ausnahmeregelung in der Signalisationsverordnung. Insbesondere zur Schulwegsicherung kann auf relativ starkbefahrenen Strassen am Beginn eines schwach begangenen Trottoirs das Signal Fussweg mit der Zusatztafel «Velo gestattet» angebracht werden. Das ist keine Ausnahme mehr, das ist heute die Regel. Und statt dass wir die Schwächsten, die Fussgänger, auf dem Trottoir schützen, sollen sie noch mehr an den Rand gedrängt werden.



Eine Studie der deutschen Unfallforschung der Versicherer sagt es deutlich: Bei Kollisionen zwischen Velo und Fussgänger kommt es häufig zu Verletzungen der Schwächeren, der Fussgänger, insbesondere ältere Personen werden schwerer verletzt und die Unfälle werden mehrheitlich durch Velofahrer verursacht. Das ist jetzt nicht einfach meine Aussage, das können Sie nachschauen in dieser Studie der deutschen Unfallversicherer. Es werden immer mehr Velos, immer schwerere Velos, immer schnellere Velos, immer grössere Velos dann auch auf diesem Trottoir fahren. Der Slalom-Lauf um die Fussgänger herum ist vorprogrammiert. Es werden auch noch die E-Trottinets auf dem Trottoir fahren und die Fussgänger können dann schauen, wo sie bleiben.

Ja, Sie sagen, die Trottoirs sind breit genug. Es ist möglich, dass die Normen eingehalten werden. Das muss dann der Regierungsrat aufzeigen. Trotzdem, wenn wir das überweisen, dann schaffen wir einen ganz klaren Präzedenzfall, mit anderen Worten, wir öffnen der schleichenden Öffnung der Velospuren auf dem Trottoir Tür und Tor. Und dann sagen Sie vielleicht auch noch, in anderen Städten funktioniert es. Das ist möglich. Andere Städte haben eine grundsätzlich andere Velo-Kultur als wir, nämlich ein respektvolles Miteinander von Velofahrern und Fussgängern und keine Wildwestmanier der Velo-Gilde. Ich bitte Sie, zeigen Sie, dass Ihnen auch die Fussgänger wirklich am Herzen liegen und überweisen Sie diesen Anzug nicht.

Claudio Miozzari, Statthalter: Nächster Einzelsprecher ist Jérôme Thiriet.

Jérôme Thiriet (GAB): Ich danke Beat Schaller für seine Ausführungen. Ich kann die Befürchtungen ein bisschen nachvollziehen. Ich finde es eigentlich auch nicht die ideale Lösung. Luca Urgese kennt die Gegend gleich gut wie ich, weil wir beide dort arbeiten. Am Feierabend herrscht dort die Katastrophe und als Velofahrer bleibt einem nichts anderes übrig, als entweder abzusteigen und auf dem Trottoir das Velo zu stossen oder auf die Sperrfläche überzugehen und dann vom Tram überrollt zu werden oder hinter den Autos warten, was niemand macht.

Ich finde es darum eine gute Idee, wenn man das prüfen lässt. Ich denke, das Departement wird dann mit ein paar Vorschlägen kommen. Für mich wäre es auch denkbar, wenn man eine Sperrfläche links an den Autos vorbei für die Velofahrer öffnen würde. Ich weiss nicht, ob das geht oder ob das dann zu gefährlich ist.

Das Trottoir dort ist wirklich breit genug und man muss wirklich eine Lösung finden, dass man die Fussgänger und Fussgängerinnen und Velofahrer und Velofahrerinnen nicht gegeneinander ausspielt vielleicht mit irgendwelchen Absperrungen, die die Fahrbahnen trennen. Das GAB empfiehlt Ihnen, den Anzug einmal zu überweisen und zu schauen, was von der Regierung kommt, um die Hotspots dort zu entschärfen.

Claudio Miozzari, Statthalter: Es haben sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, ausser jeder des Anzugsstellers Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich gehöre berufsbedingt zu denjenigen, die auf dieser Achse fahren, und ich glaube, wer sich dort mit dem Velo bewegt, kann nicht leugnen, dass es dieses Problem zu Stosszeiten gibt. Die Strassenachse ist zu eng, links gibt es eine Sperrfläche, rechts eine Grünfläche, und die Mehrheit der Velofahrer weichen illegalerweise entweder links auf die Sperrfläche oder rechts auf das Trottoir aus.

Jetzt können wir uns darüber ärgern, dass das so ist und sagen, diese blöden Velofahrer sollten doch gefälligst dort hintenanstehen oder ihr Velo schieben oder was auch immer. Oder wir versuchen, eine pragmatische Lösung für dieses Problem zu finden, wie es dieser Anzug entsprechend versucht.

Wer sich jetzt regelmässig auf diesem Trottoir bewegt und dieses in Ruhe anschaut, der kann jetzt wirklich feststellen, dass dieses Trottoir breit genug ist. Es ist überdurchschnittlich breit. Da gibt es Platz für einen entsprechenden Velostreifen. Die Idee dieses Anzugs ist es nicht, eine Mischfläche einzuführen, wie wir es von anderen Stellen kennen, diese blauen Kreise, auf denen steht «Velofahrer gestattet», sondern es geht darum, da explizit eine entsprechende Velospur zu signalisieren. Beat Schaller, wenn Sie den Anzug genau lesen, dann sehen Sie ja, dass explizit steht, dass eben geprüft werden soll, wie die Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger dann entsprechend sichergestellt werden kann, damit es eben keine Gefahr gibt durch eine entsprechende Lösung.

Man kann zitieren, dass das Trottoir den Fussgängerinnen und Fussgängern vorbehalten ist. Das ist richtig so, und es ist eben gerade nicht die Idee, dass die Velofahrer auf dem Trottoir fahren sollen in Zukunft, legalerweise, sondern dass man hier versucht, eine entsprechende Trennung zu schaffen. Wie gesagt, der Platz dafür ist vorhanden. Wie Sie plädiere ich ebenfalls für ein respektvolles Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger und bin überzeugt davon, dass uns das an dieser Stelle entsprechend gelingen kann, ein Miteinander statt ein Gegeneinander.



Ich bin dankbar, wenn der Regierungsrat das mit entsprechender Offenheit prüft und danke für die Unterstützung des Anzuges.

Claudio Miozzari, Statthalter: Besten Dank. Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Er wird bestritten von Beat K Schaller, weshalb wir darüber abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002266, 06.12.23 15:43:03]

**Der Grosse Rat beschliesst,
den Anzug zu überweisen.**

Claudio Miozzari, Statthalter: Sie haben den Anzug überweisen mit 81 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

20. Anzug 4 Beat K. Schaller und Konsorten betreffend der Kannenfeldpark soll wieder eine Erholungszone sein

[06.12.23 15:43:15, 23.5533.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen, wird dies bestritten? Das ist nicht der Fall. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihn dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

21. Anzug 5 Heidi Mück und Konsorten betreffend Erweiterung der Zielgruppe für Drug Checking im Rahmen von „Safer Dance Basel“ und dem Drogeninformationszentrum „DIBS“

[06.12.23 15:43:43, 23.5534.01]

Claudio Miozzari, Statthalter: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe auch hier keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein Antrag gestellt. Sie sind auf den Anzug eingetreten und haben ihm den Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Information erhalten, dass die Festgesellschaft schon in der Eisengasse steht und die Erwartung war, dass wir die Festgesellschaft unten bei der Bühne empfangen und eine Gasse bilden. Deshalb werde ich an dieser Stelle jetzt die Sitzung beenden und Sie einladen, gemeinsam nach unten zu gehen.

Schluss der 40. Sitzung

15:44 Uhr